

...ach, übrigens!

Da wird von Riester erzählt und von demographischem Wandel, von leeren Kassen und vor allem wird wieder der Sündenbock in Person der Flüchtlinge ins Spiel gebracht. Zitat im Ort: „*Ich habe Abitur und jetzt kriege ich wegen der Flüchtlinge keine Rente*“. Dieser Satz zeigt, wie wenig wir eigentlich wissen bzw. nicht wissen wollen und sollen. Beim Thema Rente werden ganz andere heilige Kühe außen vor gelassen. Abgesehen davon, dass ein Abitur noch nie ein Freibrief oder eine Garantie für ein erfolgreiches Leben war, hier noch ein paar Fakten:

Das Ganze ist eigentlich nicht neu: als ich mich Ende der 70-er Jahre nach BAFÖG erkundigte wunderte ich mich damals schon, dass der Satz höher war als die Rente meiner Oma. Der Student sollte eben nicht jobben müssen.

Es gibt nach wie vor jede Menge Personengruppen, die nicht in die Rentenkassen einzahlen, wie etwa Beamte, Berufssoldaten, Freiberufler etc., heilige Kühe eben.

Der Billiglohnsektor und die Zeitarbeitsverträge sorgen dafür, dass weniger Beiträge in die Sozialkassen kommen. Vor allem Alleinerziehende mit mehreren Teilzeit- oder Minijobs haben kaum eine Chance eine Rente aufzubauen.

Wenn man weiter recherchiert erfährt man, dass die Wiedervereinigung über Jahre aus den Sozialkassen (!!!) finanziert wurde, 1990 sind 17 Millionen Bürger dazu gekommen, das DDR-Bargeld wurde 1:1 getauscht. Der Soli war mehr ein symbolischer Akt, jeder wusste, dass er nicht ausreichen würde. Die Wiedervereinigung wurde über die Renten und Krankenversicherung finanziert. Man hat über Jahre Hunderte von Milliarden in das Projekt deutsche Wiedervereinigung gepumpt und zusätzlich ab den 1990-ern an den Finanzmärkten noch Milliarden verspielt.

Natürlich hat man das Plündern der Sozialkassen nicht gerne an die große Glocke gehängt, weil es politischen und sozialen Sprengstoff birgt, die Wiedervereinigung geht und ging vor. Man wollte genau den Unmut vermeiden den es jetzt wegen der Flüchtlinge gibt. Franz J. Strauß hat nicht umsonst als Bundes-Finanzminister damals der DDR den Milliardenkredit gewährt. Er wusste, das zögerte den Fall des DDR-Regimes noch ein paar Jahre hinaus und es war billiger den Kredit zu geben als die Kosten des Mauerfalls zu tragen. Und jetzt feiern wir Herrn Kohl als Kanzler der Einheit, dabei waren es die Ostverträge von Willy Brandt, die den Grundstein legten zur Annäherung und schließlich zur Wiedervereinigung.

Die Industrie hat außerdem an den Finanzmärkten das Geld für die Betriebsrenten verspielt, nicht umsonst wurden die Firmen erst kürzlich von der Garantie befreit, diese Gelder für die Mitarbeiter anlegen und aufheben zu müssen. Es gab deshalb, wie immer, keinen Aufschrei in der Bevölkerung. Dasselbe gilt für unsere privaten Lebens- oder Rentenversicherungen. Die dort garantierten Prämien können bei der derzeitigen Zinslage nie und nimmer erwirtschaftet werden. Von Riester ganz zu schweigen. Bei den Bausparverträgen ist es ähnlich.

Obendrauf kommt noch, dass in den 80-er Jahren von der damaligen schwarz-gelben Koalition der soziale Wohnungsbau gestoppt wurde. Die Kommunen verkauften damals ihr „Tafelsilber“ an Spekulanten und Immobilienhaie. Die Erlöse verschwanden ebenfalls an den Börsen, Aktien- und Finanzmärkten, oder versickerten in windigen Offshore Leasing Verträgen. Die Erträge der Spekulanten wanderten in die bekannten Steueroasen. Die Wohnungen und Grundstücke wurden zu schicken Lofts saniert, die Bewohner verloren, nachdem die Sozialbindung abgelaufen war, ihre günstigen Wohnungen, die Mieten stiegen, das trifft wiederum vor allem die Rentner.

Also: Nicht die Flüchtlinge, nicht nur demographischer Wandel, sondern Gier, Größenwahn, vor allem der Glaube an stetes Wachstum sowie die Unveränderlichkeit des Status Quo. Dabei wissen wir Alle, dass nichts so stetig ist wie der Wandel. Wir retten Banken und Versicherungen und die Finanz- und Kapitalmärkte mit Steuergeldern. Gleichzeitig werden weiterhin die Gewinne am Fiskus vorbei geschafft.

Dass die Flüchtlinge zu einem Zeitpunkt kamen an dem die Renten endlich Thema wurden ist nur Zufall. Es ist vielmehr so: Die Kinder der jetzigen Einwanderer werden die Rente des eingangs erwähnten jungen Mannes mit erarbeiten müssen. Nur so können wir unseren derzeitigen Lebensstandard überhaupt halten. Seid deshalb nett zu ihnen, behandelt sie gut und helft ihnen sich zu integrieren.

Und: Die Rentenerhöhungen der letzten Jahre liegen deutlich über der Inflationsrate und über dem aktuellen Zinsniveau. Die gesetzliche Rentenversicherung hat zwei Weltkriege und Währungsreformen überstanden. Das kann man von einer Allianz oder HUK nicht sagen. Wieso fallen wir eigentlich immer wieder auf die gleichen Panikmacher mit ihren Sündenböcken herein?

Ihr Gerald Seidl

Der Artikel ist Meinung des Verfassers und ist wie immer außer- oder überparteilich zu sehen.

Liebe Heßdorfer,

Am 24. September wird der 19. Deutsche Bundestag gewählt. Aus diesem Grund liegt der Schwerpunkt dieser Ausgabe diesmal nicht wie sonst auf kommunalpolitischen Themen. Sie können sich hierzu jedoch jederzeit auch über unseren Internet-Auftritt unter spd-hessdorf.de auf dem Laufenden halten. Über Ihre Rückmeldungen oder Anfragen freuen wir uns. Wenden Sie sich an

Ihre Heßdorfer Sozialdemokraten

DER Seebachspiegel

Für unsere Bürgerinnen und Bürger
der Gemeinde Heßdorf



Heßdorf

SPD



Vom Spielplatz zum Freizeitpark...

Am 5. Juni 2014 stellte die örtliche SPD-Fraktion den Antrag auf Sanierung und Verbesserung der Spielplätze bzw. Spielplatzsituation in Heßdorf. Bereits am 4. August 2016 war der Spielplatz Ecke Lohestraße und Straße „Zum Sportplatz“ so runterneuert, dass man fast von einem Neubau sprechen kann. Aber nicht nur hier hat die Gemeinde dankenswerterweise viel Geld in die Hand genommen. Was zu dem Zeitpunkt in Hannberg unterhalb der Schule auf 1000 Quadratmeter noch Baustelle war, konnte am 19. Juni diesen Jahres eingeweiht werden. Und da ist richtig was geboten: eine 30 Meter lange Seilbahn lässt ebenso wie die Kletterpyramide und das Wasserareal die Kinderherzen höher schlagen, von den Schaukelvariationen ganz zu schweigen. Schade ist allerdings, dass – wie auf vielen Spielplätzen – die Metallrutsche nach Westen gerichtet wurde und somit an heißen Tagen nicht genutzt werden kann... Das ist leider auch am Spielplatz an der „Steinleithe“ zwischen Heßdorf und Untermembach so.

Dass wir damit einen ziemlich großen Stein ins Rollen gebracht haben, um das Leben und Wohlergehen in unserer Gemeinde nachhaltig zu verbessern, zeigen die neusten Pläne: an der Westseite der Verbindungsstraße nach Untermembach soll ein Freizeitpark entstehen, der keine Wünsche offen lässt. Von Jung bis Alt wird es dort sehr attraktive Möglichkeiten der Freizeitgestaltung geben: sportlich aktiv bis genießerisch erholsam, nach neuesten, modernsten Gesichtspunkten der Gesundheitsvorsorge. In die drei Segmente Ruhe-, Kreativ- und Sportbereich verteilen sich dann Turngeräte, auch seniorenfreundlich, Ballsportplätze und Kreativnischen.

Glückwunsch und weiter so! **Ihre Christiane Brenner**



Gehen Sie eigentlich noch wählen?

Wie bereits auf unserer Titelseite erwähnt ist am 24. September Bundestagswahl. Sie wählen nicht? Nun ich könnte Sie jetzt einfach bitten es sich doch noch anders zu überlegen. Das erscheint mir aber zu einfach. Stattdessen möchte ich Ihnen lieber ein paar Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit aufführen, die zeigen wie sich die Welt ändern kann, wenn wir zu fahrlässig mit dem Privileg der Wahl umgehen oder erst gar nicht gebrauch davon machen.

Viele — vor allem junge Menschen — in Großbritannien sind wütend über den Brexit und den damit verbundenen, bislang kaum absehbaren Langzeitfolgen für ihr Land. Zahlreiche Unternehmen mussten schließen, oder sind nun gezwungen ihren Firmensitz auf das europäische Festland zu verlegen, da die bislang geltenden Handelsbestimmungen mit der EU nun neu verhandelt werden müssen. Die Folge: Exporte brechen ein, Arbeitsplätze und damit das Schicksal etlicher Familien stehen auf dem Spiel. Und das alles aus Wahlfaulheit auf der einen und übertriebenem Nationalstolz auf der anderen Seite. Wo möglich in dem Glauben, dass die Dinge in einer globalisierten Welt besser werden, wenn man sein eigenes Süppchen kocht.

In den USA lag die Wahlbeteiligung das letzte Mal bei unter 60% und viele hatten Donald Trump unterschätzt. Nicht zuletzt zahlreiche Republikaner in den eigenen Reihen. Was die Folgen dieses Leichtsinns und die Wut auf das „Establishment“ sind, brauche ich hier im Detail nicht zu erwähnen, nur so viel: Isolation der USA in der Welt und die damit gestiegenen militärischen sowie wirtschaftlichen Unsicherheiten, Ausstieg aus dem internationalen Klima-Abkommen, innenpolitisch: Abschaffung von „Obamacare“, usw. usw. Und die Lage der Amerikaner soll sich dadurch wie genau verbessern?

Leider mussten wir auch bei der Parlamentswahl in Frankreich eine historisch niedrige Wahlbeteiligung erleben. Glück gehabt, dass Marine le Pen vom rechtspopulistischen Front National nicht gewählt wurde!? Was wäre wohl aus den deutsch-französischen Beziehungen und auch den tausenden von Arbeitsplätzen auf beiden Seiten der Grenze passiert? Wollen wir wirklich den Zufall über derart wichtige Fragen entscheiden lassen?

Und bei uns in Deutschland? Zugegeben, auch deutsche Volksparteien haben in der Vergangenheit einige Fehler gemacht. Aber deswegen sollten wir nicht das Feld den Extremisten überlassen und damit all das was die Generationen vor uns nach den verheerenden Kriegen mühsam wieder aufgebaut haben unbedacht aus Frust und Wut wieder wegschmeißen. Ja, wir haben Handlungsbedarf in Deutschland, doch im Vergleich zu vielen anderen Ländern auf der Welt leben wir hier noch in nahezu paradiesischen Verhältnissen. Wie schnell es mit der Freiheit und dem Rechtsstaat vorbei sein kann zeigt uns gerade Erdogans Türkei. Es ist daher gerade jetzt so wichtig sich für Freiheit, Demokratie und unsere Werte einzusetzen. Machen Sie von Ihrem Wahlrecht gebrauch. **Ihr Jürgen Wölfel**

Zur Bundestagswahl 2017— diesmal nicht „Aus dem Gemeinderat“

An dieser Stelle sollte eigentlich der Bericht aus dem Gemeinderat stehen. Aber liebe Leute, wir haben Bundestagswahlkampf und es geht um die weitere Entwicklung unseres Landes. Und daher widerspricht es mir, die Gemeinderatskollegen der anderen Fraktionen zu kritisieren, die sich ebenso engagieren wie wir und auch ihr Bestes zum Wohlergehen unserer Gemeinde geben.

Daher richten wir unseren Blick nach München bzw. Berlin und schauen uns mal an, was uns Heßdorfern hier zugemutet wird und warum ein Politikwechsel dringend notwendig wäre. Ärgern Sie sich nicht auch darüber, dass die extrem teure Sanierung unserer Schule in Hannberg gerade noch 110 Schülern zu Gute kommt, weil eine verfehlte CSU-Bildungspolitik die ehemalige Hauptschule mit über 400 Schülern zur Mini-Grundschule hat verkommen lassen?

Und können Sie sich noch daran erinnern, wie 2004/2005 in einer Hauruck-Entscheidung an den bayerischen Gymnasien die 9. Jahrgangsstufe einkassiert wurde. Diese Reform zur G8 war unausgegoren und brachte viel Unfrieden in die Familien, aber auch Vereine, da vielen Schülern die Zeit für ihre Freizeit mit Sport, Musik etc. abhanden kam. Inzwischen wurde diese Maßnahme wieder zurückgenommen und man tut alles, um das Versagen der Verantwortlichen möglichst aus dem Wahlkampf rauszuhalten. Aber wir vergessen nicht so schnell.

Wir vergessen auch nicht die fragwürdige Rolle unseres Verkehrsministers Dobrindt bei der überflüssigen Einführung der PKW-Maut (O-Ton Merkel: „Nicht mit mir“) und seinen Umgang mit der Schummel-Software bei Deutschen Dieselmotoren. Hätte nicht das dem Minister unterstellte Kraftfahrzeugbundesamt den Betrug erkennen müssen und sollten neben den amerikanischen nicht auch deutsche Dieselbesitzer entschädigt werden?

Oder erinnern Sie sich noch, wie stilllos Ministerpräsident Seehofer die Bundeskanzlerin Merkel behandelt hat? Wie ein Schulmädchen hatte er sie beim CSU-Parteitag niedergemacht und vorgeführt. Hat laufend gedroht wegen ihrer Flüchtlingspolitik vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen. Und nun sollen wir ihm das Wahlkampf-Rührstück abkaufen, er und Merkel seien wieder ein Herz und eine Seele? Wird Politik dadurch nicht unglaublich und ist das nicht pure Heuchelei? Jetzt erleben wir erneut einen Merkel-Wahlkampf nach dem Motto „Sie kennen mich!“, was nichts anderes bedeutet wie weiter so? Soll heißen, wer hat, dem wird gegeben. Wer aus bildungsarmen Familien stammt, kann unten bleiben, Erbschaften in horrenden Höhen werden nur mäßig versteuert, Löhne reichen teilweise nicht, um den Lebensunterhalt zu bestreiten und die Renten werden massenweise in die Armut führen.

Bei der Verteilung des Kuchens sind einige Kuchenstücke so groß ausgefallen, dass für andere nichts mehr übrig bleibt. Schlägt uns hier nicht das soziale Gewissen? Und die soziale Kälte greift sowohl innerhalb Deutschlands aber auch international betrachtet immer mehr um sich.

Dies gilt es zu verhindern. Und daher sollten wir am 24. September die Chance ergreifen, eine andere Politik zu wählen. Nehmen wir die von Martin Schulz postulierte soziale Gerechtigkeit als Chance für unser Land. Das SPD-Regierungsprogramm formuliert hierzu folgende Ziele: Mehr Geld für Familien, Steuerentlastungen bei geringen und mittleren Einkommen, Investitionen in Bildung und natürlich sichere Renten, Klimaschutz auch im Sinne einer Friedenspolitik. Und wir benötigen auch eine Flüchtlingspolitik hinter der ein schlüssiges Konzept zu erkennen ist. Abschiebungen ins Krisengebiet Afghanistan sind zutiefst unmenschlich und sollten gestoppt werden. Und natürlich sollte die EU-Mitgliedschaft daran gekoppelt sein, dass jedes Land bereit ist, einen wesentlichen Beitrag zur Lösung des Flüchtlingsproblems zu leisten.

„Soziale Gerechtigkeit“ darf nicht zur Worthülse verkommen. Und hierfür stehen wir als Heßdorfer Sozialdemokraten mit vielen Ideen und Aktivitäten im Gemeinderat und in verschiedenen ehrenamtlichen Initiativen. Das gleiche gilt für die vielen SPD-Kollegen in Bayern und im ganzen Land. Daher bitten wir um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme bei der Bundestagswahl am 24. September.

Ihr Roland Sekatzek

